



Neues aus dem Landtag und der Region

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit den vorliegenden LandtagsNotizen möchte ich Sie und Euch wieder über meine Arbeit der letzten Monate informieren.

Lebensmittelskandale hatten wir in den letzten Jahren in erschreckender Regelmäßigkeit, doch der Fall Müller-Brot, der über Wochen in den Medien präsent war und der mich als verbraucherpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion über längere Zeit beschäftigt hat, hat es in aller Deutlichkeit gezeigt: Verbraucherschutz und eine Neuordnung der Lebensmittelkontrolle sind wichtiger denn je!

In der Landtagsfraktion war der Nachtragshaushalt das beherrschende Thema. Ich denke, es ist uns gut gelungen, zu zeigen, dass der Söder´ und Seehofer´sche Mär von der Schuldenfreiheit ein solides Konzept fehlt, welches vor allem auch die Finanzen der Kommunen im Auge behält. Es handelt sich eben nur um haltlose Sprechblasen.

Wichtige Gesetzesentwürfe, wie die Verbesserung des Blindengeldes oder die Eindämmung der Spielhallen, wurden von uns eingebracht. Breiten Raum nahm auch die „Energiewende“ ein. Die Landtagsfraktion hat ein Gutachten von Prof. Hamacher, TU München, mit dem Titel „Zukunft der Bayerischen Stromversorgung im Jahr 2020“ erstellen lassen.

Dieses Gutachten wurde dann im Mai diesen Jahres bei einer Vorstandssitzung des Kreisverbandes ausführlich diskutiert. Selbstverständlich komme ich gern auch zu Veranstaltungen vor Ort.

Natürlich kam auch die Arbeit im Stimmkreis und den Betreuungskreisen nicht zu kurz. Hier war ein für mich besonders interessanter Termin mein „Praxistag“ mit einem Lebensmittelkontrolleur aus dem Landratsamt Rhön- Grabfeld.

Ich wünsche Ihnen und Euch nun eine informative Lektüre meiner aktuellen LandtagsNotizen!

Ihre / Eure



IN DIESER AUSGABE:

Petition der BayernSPD zum Betreuungsgeld	2
Statt kurzfristiger Effekthascherei Steuerplus für nachhaltige Politik einsetzen	
Erneuerbare Energien–Vorurteile und Fakten	3
SPD fordert Verbesserung des Blindengesetzes Glücksspielsuch durch Spielerschutz bekämpfen	4
Lebensmittelskandal bei Müller Anfrage von Sabine Dittmar bestätigt Kontrollrückstände	5
Arbeitslosenquote in Bayern Beim 2. Nordbayerischen Intensivpflegetag Holterdiepolter	6
Mit Isabell Zacharias im Bismarckmuseum Bad Kissingen Mit Markus Rinderspacher im Straßenbauamt Ehrenamtsempfang in Schonungen	7
Mit Markus Rinderspacher bei Blaurock Hausärzterveranstaltung in Fladungen Besuch bei Kraut 2.0	8
Isabell Zacharias im Museum „Schranne“ Bad Königshofen Zu Besuch bei den Johannitern Montessori Schweinfurt	9



— Aus der Fraktion —

Die SPD will kein Betreuungsgeld! - Unterschriften für gute Kinderbetreuung



100 Euro für jedes Kind unter drei Jahren – für Familien wäre das Geld, das sie gut gebrauchen können. Das bestreitet auch die SPD nicht. Doch MdL Sa-

bine Dittmar weist auf die Nachteile hin, die mit dem Betreuungsgeld verbunden sind und die die Vorteile deutlich übertreffen.

Erfahrungen aus Thüringen (hier gibt es ein ähnliches Modell) zeigen, dass Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien oftmals nicht in die Kita gebracht werden und so von einer notwendigen und wertvollen Förderung ferngehalten werden.

„Prinzipiell bin ich für jede familienpolitische Leistung offen. Die wertvolle Erziehungsaufgabe, die Eltern - und vor allem Mütter – zu Hause leisten, ist unbestritten. Doch bei der Abwägung der Argumente spricht wenig für das sogar in der CSU umstrittene Betreuungsgeld“, so Dittmar. „Mit zwei Milliarden Euro, so hoch schätzen Experten das Betreuungsgeld, könnten 200.000 Kita-Plätze geschaffen werden“, rech-

net sie vor. Damit erst bietet sich den Eltern eine echte Wahlfreiheit. Bayern hat enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Hinzu kommt, dass ab 2013 jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz haben wird. Mit dem Betreuungsgeld würden also völlig falsche Prioritäten gesetzt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion ruft gemeinsam mit der BayernSPD zur Teilnahme an einer Massenpetition auf. Darin werden bayerischer Landtag und Staatsregierung aufgefordert, den Ausbau der Kinderbetreuung massiv voranzutreiben und sich im Bundesrat gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einzusetzen. Die Petition kann online unter <http://petition.bayernspd.de> unterzeichnet werden.

Statt kurzfristiger Effekthascherei Steuerplus für nachhaltige Politik einsetzen

Die SPD-Landtagsfraktion warnt die Staatsregierung und Landtagsmehrheit aus CSU und FDP davor, mit den Steuermehreinnahmen, die Bayern in diesem und im kommenden Jahr erwarten kann, ein Strohfeuer im Wahljahr 2013 entfachen zu wollen.

Die bayerische Haushalts- und Finanzpolitik darf nach Ansicht Volkmar Halbleibs, des finanzpolitischen Sprechers der Fraktion, aber nicht von kurzfristiger Effekthascherei bestimmt werden, sondern muss sich substantiell um die vielen Baustellen der Landespolitik kümmern. Wir fordern nach dem Spitzengespräch des Finanzministers mit Vertretern der Kommunen einen konkreten Entschuldungsplan. Es reicht nicht, sich mit der geplanten Entschuldung des Staatshaushaltes zu brüsten, sondern es ist die Aufgabe der Staatsre-

gierung den schwächeren Kommunen zu helfen!

Die SPD Landtagsfraktion fordert daher eine entschiedener Struktur- und Regionalpolitik, um die am massivsten betroffenen Kommunen zu stärken. Zur Verbesserung ihrer Situation ist es vor allem erforderlich, die Verbundquote – den Anteil der Kommunen am Steuerverbund – deutlich auf 15% zu erhöhen. Andere Bundesländer, wie Baden- Württemberg oder Nordrhein Westfalen sind bereits bei 20%.

Trotz Verbesserung im Detail gibt es keinen echten finanziellen Durchbruch für die Kommunen. Anstatt einen beherzten großen Schritt zu tun, um die finanzielle Schiefelage konsequent anzugehen, trippelt Söder in kleinen Schritten.

Unsere Haushalter haben einen Fünf-Punkte-Plan aufgestellt, mit dem die Entschuldung der Kommunen wirklich in Angriff genommen werden kann. (siehe auch folgenden Link:

<http://www.bayernspd-landtag.de/positionen/positionen.cfm?ID=14707>



Erneuerbare Energien und EEG (= Erneuerbare-Energien-Gesetz) - Vorurteile und Fakten:

Hier einige Fakten zum EEG:

Erneuerbare senken den Börsenstrompreis

Die Erneuerbaren Energien haben eine preisdämpfende Wirkung an der Leipziger Strombörse, da regenerativ erzeugter Strom an windigen und sonnigen Tagen zunehmend teuren Strom aus fossilen Kraftwerken verdrängt. Davon profitieren die stromintensiven Unternehmen bereits jetzt. Der Effekt dieser Preissenkung wird auf 3,6 bis vier Milliarden Euro jährlich beziffert.

Vermeidung externer Kosten

Die Verbrennung fossiler Energieträger führt zu Klima-, Umwelt-, Gesundheits- und Materialschäden. Durch den zunehmenden Anteil Erneuerbarer Energien konnten im Jahr 2010 allein im Strombereich 76 Millionen Tonnen Treibhausgase vermieden werden, davon etwa 58 Millionen Tonnen durch EEG-vergüteten Strom.

Verringerung fossiler Energieimporte aus dem Ausland

Durch Erneuerbare Energien können wir auch unsere große Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas verringern. Im Jahr 2009 konnten so fossile Energieimporte on Höhe von 7,1 Milliarden Euro eingespart werden.

Subventionen für fossile Energien und Kernenergie

Das Forum Ökologische Marktwirtschaft (FÖS) hat in zwei Studien die Höhe der gesamten staatlichen Förderungen für die Stromerzeugung aus Kernenergie und Kohle seit 1950 untersucht. Neben direkten Finanzhilfen wurden dabei auch weniger offensichtliche Förderungen wie z.B. Steuerergünstigungen erfasst. Anzumerken ist bei den Zahlen zu den Kohlesubventionen, dass Kohle nicht nur zur Stromerzeugung, sondern auch zur Wärmeerzeugung und in einigen energieintensiven Industrien eingesetzt wird. Laut den Berechnungen des FÖS wurde die Kernenergie bis zum

Jahr 2010 mit mehr als 200 Milliarden Euro, Steinkohle bis zum Jahr 2008 mit rund 295 Milliarden Euro und Braunkohle mit knapp 57 Milliarden Euro subventioniert, jeweils ohne die Berücksichtigung externer Kosten.

Wirtschaftsfaktor Erneuerbare Energien

Die Erneuerbaren Energien sind mittlerweile zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor avanciert, wie die folgenden Zahlen eindrucksvoll belegen:

Im Jahr 2010 wurde in Deutschland die neue Rekordsumme von 26,6 Milliarden Euro in die Errichtung von Erneuerbare-Energie-Anlagen investiert. Die Umsätze mit Anlagen und Komponenten der in Deutschland produzierenden Hersteller stiegen Schätzungen zufolge auf mehr als 25 Milliarden Euro.

Erneuerbare tragen zur kommunalen Wertschöpfung bei

Die Erneuerbaren spülen über die Gewerbesteuer frisches Geld in die Kassen der Gemeinden. Im Jahr 2009 trugen die Erneuerbaren Energien mit ca. 6,8 Milliarden Euro zur kommunalen Wertschöpfung bei. 600 Millionen Euro davon flossen über Steuereinnahmen in die Kassen der Gemeinden.

Die Erneuerbaren Energien leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Gemeindekassen, zur Finanzierung kommunaler Vorhaben sowie zur Standortsicherung.

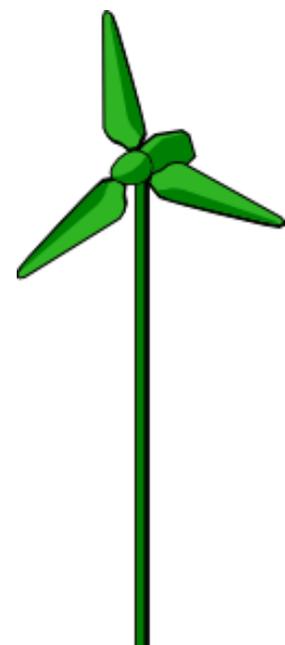
Jobmotor Erneuerbare Energien

Die Anzahl der Arbeitsplätze in der Erneuerbare-Energie-Branche hat sich seit 1998 vervielfacht. Mittlerweile sind hier fast 370.000 Menschen in Lohn und Brot. Die Erneuerbaren leisten nicht nur einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz, sondern haben sich auch zu einem wahren Jobmotor gemausert. Im Jahr 2020 könnten in der Branche sogar knapp 600.000 Menschen beschäftigt sein.

Fazit: Betrachtet man auch den Nutzen, so hat das EEG sogar Kosten eingespart.

Die Aufgabe der Politik ist es, faire Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu schaffen. Atomstrom, aber auch die Stromerzeugung aus Kohle, werden seit Jahrzehnten mit Milliarden von Steuergeldern subventioniert. Damit muss Schluss sein. Wir müssen aufhören, Jahr für Jahr gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen. Während also die Politik auf Bundes- und Landesebene den geeigneten Rahmen schaffen muss, sollten die konkreten Entscheidungen darüber, welche Erneuerbare Energien vor Ort zum Einsatz kommen sollen, auch vor Ort getroffen werden.

Die BayernSPD-Landtagsfraktion setzt sich genau für diesen Weg ein, der zunächst zu energieautarken Gemeinden und schließlich zum energieautarken Bayern führen soll. Wer weiter auf fossile und nukleare Großkraftwerke setzt, handelt nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch verantwortungslos.



SPD fordert Verbesserung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

Bisher wird im Bayerischen Blindengeldgesetz die besondere Situation taubblinder Menschen nicht berücksichtigt. Hochgradig sehbehinderte Menschen sowie hochgradig sehbehinderte Menschen, bei denen zugleich Taubheit vorliegt, erhalten derzeit keine Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz. Diese Personengruppen haben aber aufgrund ihrer Sehschädigung bzw. infolge ihrer zusätzlichen Taubheit oder an Taubheit grenzenden Schwerhörigkeit einen außerordentlich großen Hilfebedarf durch Assistenzbedarf zur Kommunikation und zur Bewältigung des Alltags.

Der dauerhafte Hilfebedarf dieser Personengruppen führt zu einer erheblichen, vor allem auch finanziellen Belastung der betroffenen Menschen. Durch eine Ausgleichsleistung kann deren selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft wesentlich gefördert werden. Dies zeigen die positiven Erfahrungen, die mit dem Blindengeld für blinde Menschen gemacht wurden. Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion, dass für blinde Menschen im Sinne des BayBlindG mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit – unabhängig davon, in welchem Alter die Schwerhörigkeit eingetreten ist

– ein Blindengeld in doppelter Höhe gewährt wird.

Für hochgradig sehbehinderte Menschen soll ein Blindengeld in Höhe von 30 % des an blinde Menschen gewährten Blindengeldes gewährt werden. Für hochgradig sehbehinderte Menschen mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit soll ein Blindengeld in doppelter Höhe des verminderten Blindengeldes an hochgradig sehbehinderte Menschen gezahlt werden.

Glücksspielsucht durch besseren Spielerschutz bekämpfen

SPD will Ausbreitung von Spielhallen und Anstieg von Spielsüchtigen eindämmen

Die SPD will den Menschen in Bayern das Spielen nicht verbieten, aber die Ausbreitung des gewerblichen Glücksspiels einschränken. Was des einen Freud, nämlich die Freude der Spielhallenbetreiber und der Spielautomatenhersteller und -aufsteller, ist des anderen Leid, nämlich das Leid der Spielsüchtigen. Spielsucht ist ein Übel wie Drogen- und Alkoholsucht und stürzt wegen der damit einhergehenden Schulden - bis zu 35.000 Euro sind keine Seltenheit - nicht nur den betroffenen Glücksspielsüchtigen ins Unglück, sondern auch sein soziales Umfeld.“

Die SPD hat einen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Spielhallengesetz wie in Bremen, Berlin und Hessen erarbeitet und in den Landtag eingebracht. Ziel des Gesetzes ist, den Kommunen ein Instrument an die Hand zu geben, mit welchem sie die sich ausbreitenden Spielhallen wirksam eindämmen und der Entstehung der Glücksspielsucht vorbeugen können. Wichtigste Punkte des Gesetzent-

wurfs zur Erreichung dieser Ziele sind:

- Abstandsregelung von mindestens 500 m zwischen einzelnen Spielhallen;
- Verhinderung von Mehrfachkomplexen an einem Standort;
- Verbot der räumlichen Nähe einer Spielhalle zu Einrichtungen für Kinder und Jugendliche;
- Ausweitung der Sperrzeit für Spielhallen; Spielverbotstage;
- einschränkende Regelungen für die Außendarstellung und Werbung von Spielhallen;
- gesetzliche Aufklärungspflichten des Spielhallenbetreibers und des Personals über Glücksspielsucht, Prävention, Gewinnwahrscheinlichkeit und Verlustmöglichkeit der angebotenen Glücksspiele;
- Sicherstellung, dass Minderjährige keinen Zutritt zur Spielhalle haben und dass mindestens eine mit der Aufsicht betraute Person dauerhaft in der Spielhalle anwesend ist;
- Einführung einer zentralen

Sperrdatei für Spieler in Bayern auch für Spielhallen;

- Bei Verstößen gegen diese Vorschriften können Geldbußen bis 100.000 Euro verhängt werden.

Leider wurde der Gesetzentwurf abgelehnt. Der letztendlich verabschiedete Entwurf der Staatsregierung ist ein fauler Kompromiss. (Bsp. Abstandsgebot zwischen zwei Spielhallen 250 m mit Befreiungsmöglichkeit)



Lebensmittelkandal bei Müller: Warum haben die Behörden die Bevölkerung so lange nicht informiert?

Dass die hygienischen Zustände in der Großbäckerei Müller in Neufahrn bei Freising unhaltbar waren, wussten die Behörden bereits seit zweieinhalb Jahren, doch die Kunden haben in dieser Zeit die Produkte des Hauses in gutem Glauben gekauft. „Es ist ein Skandal, dass das die Behörden unter den Augen des damaligen Gesundheitsministers Söder zweieinhalb Jahre braucht, um die Öffentlichkeit zu informieren. Das erschüttert das Vertrauen der Menschen in die Lebensmittelkontrollen“, erklärt SPD-Verbrauchersprecherin Sabine Dittmar.

„Offensichtlich lassen die Behörden jede Transparenz vermissen. Das muss sich dringend ändern. Die Verbraucher haben einen Anspruch auf Information und Schutz“, erklärt Dittmar und spricht sich für eine Offenlegung der amtlichen Prüfergebnisse aus.

Doch auch eine Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle halte ich für notwendig. So ist die Zahl der Kontrolleure zu gering und ihre Verteilung auf die Landkreise veraltet. Wir müssen die Zahl der Kontrolleure am Risiko orientieren. Wo wir ein höheres Risiko haben, brauchen wir mehr

Mitarbeiter.

Auch die Aufsicht durch die Landratsämter ist nicht sinnvoll, besser wäre sie übergeordnet (Bezirk oder Ministerium) angesiedelt. Die Landräte befinden sich oft in einem Konflikt. Zum einen ist es wichtig, für Unternehmen ein wirtschaftsfreundliches Klima im Landkreis zu schaffen, aber genau dies kann dann zum Hemmschuh werden, wenn ein hartes und konsequentes Durchgreifen im Sinne des Verbraucherschutzes nötig wird und der Anspruch des Verbrauchers auf Information durchzusetzen ist.



Anfrage von Verbrauchersprecherin Dittmar bestätigt Kontrollrückstände

Forderung nach besserer personellen und technischen Ausstattung gerechtfertigt

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sabine Dittmar, sieht sich in ihrer im Zusammenhang mit dem Müller-Brot-Skandal erhobenen Forderung bestätigt, dass die Lebensmittelüberwachung in Bayern personell deutlich besser ausgestattet werden muss. Wie aus der Antwort der Staatsregierung auf eine von ihr gestellte Schriftliche Anfrage hervorgeht, können die Kontrollfrequenzen für alle im Zuständig-

keitsbereich des Landratsamtes Freising befindlichen Betriebe nicht eingehalten werden, obwohl dort alle vier Planstellen in der Lebensmittelüberwachung besetzt sind. Mit Stand 29. Februar 2012 gab es dort einen Rückstand von insgesamt 271 Kontrollen - dies sind etwa 15 Prozent aller erforderlichen Kontrollen. Dittmar fordert neben einer deutlichen Verbesserung der personellen Ausstattung in der Lebensmittelüberwachung, dass zudem die technische Ausstattung der Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure verbessert werden muss. Auch die Wiederbesetzungssperre

müsse unverzüglich aufgehoben werden. "Desweiteren ist es unerlässlich, das bisher übliche Verfahren, bei welchem die notwendigen Proben anhand von Einwohnerzahlen festgelegt werden, so weiterzuentwickeln, dass die Wirtschaftsstruktur und das individuelle Risikopotential eines Betriebs sowie dessen Größe berücksichtigt wird", schlussfolgert die SPD-Verbrauchersprecherin

— Aus dem Stimmkreis —

Arbeitslosenquote sinkt in Bayern auf 3,4 Prozent – Unterfranken: 3,2 Prozent

Sabine Dittmar informiert sich bei Schweinfurter Arbeitsagentur

Die Zahl der Arbeitslosen in Bayern ist im Juni im Vergleich zum Vormonat um 4.284 Personen bzw. 1,8 Prozent auf 231.225 gesunken. Das ist der niedrigste Wert in einem Juni seit 1992. Trotz des neuen Rekordwertes scheint der Schwung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt aber an Kraft zu verlieren. Der Vorjahreswert wurde nur noch leicht unterschritten. Zudem wurden den Arbeitsagenturen weniger neue Stellen gemeldet, dies umfasst nahezu alle Branchen und zeigt die gestiegene Vorsicht der Unternehmen bei Neueinstellungen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 3.593 Personen bzw. 1,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote beträgt in Bayern momentan 3,4 Prozent. In Unterfranken

waren im Juni 2012 3,2 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet.

Dieser Trend gilt auch für den Arbeitsagentur-Bezirk Schweinfurt, wie sich Sabine Dittmar von Agenturleiter Thomas Stelzer informieren ließ. Zwar schwanke die Statistik in Landkreisen wie Bad Kissingen oder Rhön-Grabfeld durch viele Saisonarbeitsplätze im Hotel- und Klinikwesen stärker, aber trotzdem liege man im gesamten Agenturbezirk seit Jahren unter dem Landesdurchschnitt. Im April 2012 waren in der Region 9.160 Personen arbeitslos gemeldet, dies entspricht einer Quote von 3,8 Prozent. Zum Vergleich: im Jahr 2011 betrug die Quote im Vergleichsmonat noch 5,9 Prozent.

Seit 2009 sinkt die Quote kontinuierlich, auch der demographische Wandel sei deutlich zu spüren.

Auf dem Ausbildungsmarkt sieht es für 2012 so aus, dass auf 3.553 Stellen 3.840 Bewerberinnen und Bewerber kommen werden. In den kaufmännischen Berufen gäbe es momentan laut Stelzer zu wenig Ausbildungsstellen, während im Handwerk ein Überangebot herrsche.

Leider stellte Stelzer auch fest, dass immer mehr Ausbilder in letzter Zeit über eine zu geringe Vorbildung der Schüler klagen. Deshalb habe man sich entschlossen, dies mit einem mit einer zusätzlichen pädagogischen Angebot einzudämmen.

Beim 2. Intensivpflegetag Nordbayern in Münnerstadt:

Zum 2. Intensivpflegetag Nordbayern hat die Arbeitsgemeinschaft Intensivpflege Nordbayern unter Vorsitz von Michael Wehner und Dieter Weber am 09.05.2012 ins Thoraxzentrum Münnerstadteingeladen. Motto des Tages ist „Herausforderung Intensivpflege – intensive Herausforderung?!“. Zu meiner großen Freude wurde mit die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung angetragen. In meinem Grußwort ging ich auf die großen Herausforderungen in der Pflege ein und auch auf die absolut ungenügenden Antworten der Politik. Der von mir aufgezeigte Murcks der

„Pseudo-Pflegeversicherung“ wurde mit viel Beifall honoriert..

Insgesamt war es ein sehr interessanter Tag mit Referaten, Diskussionen und einer Industrieausstellung die Herausforderungen in der außerklinischen Intensivversorgung in der Region beleuchtet.

In den Vorträgen ging es unter anderem um Hygiene, den Umgang mit multiresistenten Erregern in der Häuslichkeit, Notfallmanagement, Rettungswesen und den Transport heimbeatmeter Intensivpatienten.

(Foto: Quelle Dr. Maria Panzer)



Mit viel Holterdipolter über Bayerns Straßen



Gemeinsam mit dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Harald Güller und der Regionalbeauftragten Regine Dietrich durchfuhr ich den Stimmkreis, um bei der Holterdipolter-Aktion der Landtagsfraktion gemeldete Straßen zu bewerten. Dabei waren wir auch um

Aschach in der Ortsmitte. Vielen Dank an Wolfgang Mandery für die Einsendung des Fotos. Leider gab es trotz vieler kaputter Straßen nur wenige Einsendungen aus meinem Heimatstimmkreis.

Mit meiner Kollegin Isabell Zacharias im Bismarckmuseum Bad Kissingen



Als meine Landtagskollegin und kulturpolitische Sprecherin der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion hier in der Rhön war, besuchten wir auch das Bismarckmuseum in Bad Kissingen. Gemeinsam führten uns Oberbürgermeister Kay Blankenburg und Stadtarchivar Peter Weidisch durch die Räume.

Natürlich ging es beim Rundgang nicht nur um Geschichte, sondern auch um die Finanzen. Denn ob die nötigen finanziellen Mittel für die Museen von der Staatsregierung zur Verfügung gestellt werden, bleibt abzuwarten. Allerdings meinte Frau Zacharias mit einem Augenzwinkern, dass nächstes Jahr ja Wahljahr sei...

— Aus den Betreuungsstimmkreisen —

Mit Markus Rinderspacher an der maroden Mainbrücke in Hassfurt

Über 30 Prozent der Brücken, die dem Freistaat Bayern gehören, seien dringend sanierungsbedürftig, sagt Markus Rinderspacher und kritisiert gemeinsam mit seiner Landtagskollegin Sabine Dittmar, dass die Staatsregierung für die Sanierung von Brücken – ebenso wie für die Straßensanierung – zu wenig Geld ausbebe. „Viele Brücken seien Jahrzehnte alt – die Haßfurter Mainbrücke beispielsweise wurde 1963 eingeweiht, die Brücke bei Horhausen ein Jahr darauf. Sie hätten Risse im Beton, so der SPD-Fraktionschef im Landtag, und seien dem Schwerlastverkehr nicht mehr gewachsen.

Stephan Schneider, der Vorsitzende der SPD in Haßfurt, nannte speziell die Mainbrücke sowie die anschließende Flutbrücke (Baujahr: 1888) „Lebensadern“ für die Stadt sowie für den FC Haßfurt, der sein Sportgelände direkt an der Brücke hat. „Die nächste Brücke ist siebeneinhalb Kilometer entfernt“, untermauerte Schneider seine Forderung, dass die Stadt über den Main hinweg immer erreichbar bleiben muss. Zudem würde der FC-Parkplatz mit seinen 250 Stellplätzen von vielen Arbeitnehmern in Haßfurt genutzt. Und von den Sportlern ohnehin. Manfred Stühler, der Vorsitzende des FC Haßfurt, bat

die anwesenden Landespolitiker, „in Erfahrung zu bringen, was hier passiert“ – damit man in Haßfurt entsprechende Wünsche an die Politik richten könne. Es müsse etwas vorangehen, meinte Stühler, da der FC derzeit einen Neubau plane, und eine Verbindung zwischen beiden Mainufern brauche.



... und im staatlichen Bauamt Schweinfurt

„Der bayerische Straßenbau ist dramatisch unterfinanziert“, befand der SPD-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, Markus Rinderspacher, bei einem Besuch im Straßenbauamt Schweinfurt. Wenn alleine im Bereich der Brücken bei einem ausgewiesenen Sanierungsbedarf von 300 Millionen Euro lediglich zehn Prozent dieser Summe jährlich für konkrete Maßnahmen ausreichen würden, führe dies

dazu, dass „die versteckte Staatsverschuldung steigt“. Rinderspachers Gesprächspartner waren am 19.01.2012 Leiter Holger Bothe und Brückenbauer Robert Haupt, die durchaus auch über einen Mangel an Straßenbaumitteln klagten, aber auch darauf hinwiesen, dass sich die Situation in den letzten Jahren verbessert habe. Rinderspacher und seine Landtagskollegin Sabine Dittmar prä-

sentierten Zahlen der Staatsregierung, die sie in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zum Zustand des bayerischen Straßennetzes erhalten hatten. Demnach seien alleine im Landkreis Schweinfurt 45 der 181 Straßenkilometer in Baulast des Freistaats sanierungsbedürftig; von den benötigten 6,8 Millionen Euro wurden 2011 aber lediglich 0,6 Millionen verbaut.

Mit Markus Rinderspacher und Genossen aus Rhön Grabfeld bei Blaurock in Salz



(Foto: dittmar)

Markus Rinderspacher, der Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag, war auf Einladung des SPD-Kreisverbandes

Rhön-Grabfeld in den Landkreis gekommen. zu gast war er auch zu Besuch bei der Firma Blaurock. Geschäftsführender Gesellschafter Rainer Reichert informierte die Gäste, darunter auch den SPD-Kreisvorsitzenden Matthias Kihn, bad Neustadts dritte Bürgermeisterin Rita Rösch, die Kreisräte Sabine Stühmann und Egon Friedel, über die Entwicklung und Produktion des mittelständischen Unternehmens.

Seit 46 Jahren werden bei Blaurock Fenster, Rollläden, Türen, Überdachungen, Beschattungen,

Wintergärten und Garagentore hergestellt. Ein großer Teil der Produkte ist maßgefertigt und geht in die Altbausanierung. Das Unternehmen hat zurzeit 50 Beschäftigte am Standort Salz. Markus Rinderspacher zeigte sich sehr interessiert und hatte nicht nur an Rainer Reichert, sondern auch an die Mitarbeiter vor Ort einige Fragen. Überzeugt zeigte er sich von der modern eingerichteten Produktionsstätte. Im Ausstellungsraum konnten sich die Gäste ein Bild von den fertigen Blaurock-Produkten machen.

Hausärzte-Problematik ist wohl verkannt worden – Diskussionsveranstaltung der SPD

Die Zukunft der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ist ein Thema, das gerade der Bevölkerung in den Ortschaften der oberen Rhön unter den Nägeln brennt. Entsprechend groß war am 13.04.2012 das Interesse am Gesprächsabend in Fladungen mit Sabine Dittmar, zu dem der SPD-Ortsverein und der Kreisverband eingeladen hatten.

Es liege vieles im Argen, weshalb es mit einem „Reförmchen“, wie Dittmar das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Versorgungsstrukturgesetz bezeichnete, bei weitem nicht getan sei.

Rein statistisch gesehen zeigt sich bezogen auf den gesamten Landkreis in vielen Bereichen eine Überversorgung, nicht nur bei den Fach- sondern auch bei den Hausärzten. Wenn man die Sachlage hingegen regional nach dem tatsächlichen Bedarf betrachtet, bietet sich da schon ein anderes Bild. Dittmar fordert eine Weiterentwicklung der Bedarfsplanung mit Berücksichtigung des medizinischen, pflegerischen und rehabilitatorischen Bedarfs und in diesem Zuge die Gründung regionaler Versorgungskonferenzen mit Einbezug der Fachkompe-

tenzen und der Kommunalpolitik vor Ort, mit dem Ziel, eine ausgewogene Versorgung zu erreichen.



Besuch der Ausstellung Kraut 2.0

Eine Führung der besonderen Art erlebte ich beim Besuch der Ausstellung „kraut 2.0“ in der Schranne in Bad Königshofen. Nachdem ich bei der offiziellen Eröffnung nicht anwesend sein konnte, wurde ich an einem „Extratermin“ von den Jugendlichen selbst durch die Ausstellung geführt. Die Ausstellung zeigt das Leben in Unterfranken aus der Sicht von Jugendlichen. Sie beschreiben ihre Hei-

mat, was sie gut finden und auch wo sie Kritikpunkt sehen. Das Jugendzentrum Bad Königshofen betreut seit vielen Jahren Jugendliche. Inzwischen ist es zum Dreh- und Angelpunkt von Kids und Jugendlichen aus der Region geworden und darf durch die auslaufende Förderung nicht aufs Spiel gesetzt werden.



SPD-Ladys an der Seite von Thomas Habermann

Landrat bittet in München um finanzielle Hilfen für die Schranne und bekommt prompt Unterstützung von den Sozis

Landrat Thomas Habermann hatte schon vor einiger Zeit einen Brief an den Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Wolfgang Heubisch (CSU) geschrieben und um finanzielle Hilfe für das Archäologische Zweigmuseum gebeten. Der Sache persönlich angenommen hat sich jetzt aber nicht der Minister und Parteikollege, sondern die Landtagsabgeordnete Isabell Zacharias von der SPD, die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Hochschule, Forschung und Kultur ist.

Am 21.05.2012 kam die gebürtige Husumerin in Begleitung ihrer Kollegin Sabine Dittmar in die Schranne, um in einem Gespräch mit dem Landrat und Bürgermeister Thomas Helbling auszuloten, wie denn momentan die Chancen stehen, an staatliche Fördergelder für das Archäologische Zweigmuseum heranzukommen. Das Gespräch brachte vor allem eine Erkenntnis: Erst nach den Haushaltsberatungen im Herbst wird feststehen, ob und in welcher Höhe in den Jahren 2013 und 2014 Kulturprojekte auf dem flachen Land gefördert werden oder nicht.



Zu Besuch bei den Johannitern in Schweinfurt



Landtagsabgeordnete Sabine Dittmar (SPD) hat sich bei den Johannitern von der Leistungsfähigkeit

des Hilfs- und Rettungsdienstes überzeugt. Dienststellenleiter Olaf Mauer erläuterte das breite Dienste-Spektrum mit Menüservice, Hausnotruf und Fahrdiensten. Obwohl es nach Abschaffung des Zivildienstes schwieriger werde, Ehrenamtliche zu akquirieren, hätten die Johanniter ihren Stamm an ehrenamtlichen Mitarbeitern sogar erweitern können, sagte Mauer. Auch viele hauptamtliche Mitarbeiter engagieren sich eh-

renamtlich. Wichtiges Anliegen der Johanniter-Unfall-Hilfe sei die Sicherheit speziell behinderter Menschen beim Transport, weshalb Mauer die verpflichtende Einführung von Kraftknotenpunkten an Rollstühlen fordert. „Diese Aufgabe nehme ich gern mit nach München“, versprach Sabine Dittmar. Im Bild: Mauer zeigt Dittmar die neuesten Geräte und Hilfsmittel im Rettungswagen.

Schule einmal anders – Zu Besuch in der Montessori-Schule Schweinfurt

Am 28.06.2012 besuchte Sabine Dittmar die Montessori-Schule in Schweinfurt. Peter und Helga Geibel vom Vorstand des Schweinfurter Montessori-Vereins konnten zurecht mit Stolz durch das rundum gelungene neue Schulhaus in der Geschwister-Scholl-Straße führen. Die beiden Schulleiter Friedrich Kühhorn (Grundschule) und Ulrich Bauer (Mittelschule) erläuterten dabei das pädagogische Konzept der Montessori-Schule und das Ar-

beiten mit Montessori-Materialien.

Wie die anschließende Diskussion zeigte, liegen das SPD-Schulkonzept der Gemeinschaftsschule und die Praxis in der Montessori-Schule nicht weit auseinander, in das Modell der SPD flossen etliche Montessori-Elemente mit ein, z.B. das längere, gemeinsame Lernen, jahrgangsübergreifende Klassen und die Betreuung einer Klasse durch mind. eine Lehr- und eine pädagogische Fachkraft.



Altenpflege: „Reformen sind notwendig“

Sabine Dittmar bei der AG 60+ in Zeil am Main

Die Seniorenarbeitsgemeinschaft der SPD „60plus“ hatte zu dieser Frage die SPD-Landtagsabgeordnete und Ärztin Sabine Dittmar (Maßbach) eingeladen und gleich zu Beginn der Veranstaltung stand eine provozierende Frage im Raum: „Steht die Altenpflege vor dem Kollaps?“

Dittmar stellte klar, dass es tatsächlich dringender Reformen im Altenpflegewesen bedürfe: Zum einen müsse Bürokratie abgebaut und vereinfacht werden. Pflegekräfte seien verpflichtet, ihre Tätigkeiten ausführlich zu dokumentieren. Die Dokumentation müsse jedoch vereinfacht und vereinheitlicht werden, denn „Pflegekräfte sind keine Verwaltungsfachkräfte“. In diesen Zusammenhang gehöre auch, dass Gesetze und Verordnungen so deutlich und einfach formuliert werden müssten, dass

daraus klar die Aufgaben und die Verantwortungsbereiche von Einrichtungsleitung, Pflegedienstleitung und Pflegekräften und die Rechte von Pflegebedürftigen hervorgingen.

Ob oder wie stark ein Mensch pflegebedürftig ist, regelt in Deutschland der Pflegebedürftigkeitsbegriff. Hier muss nach Meinung Dittmars endlich ein neuer Begriff ins Gesetz aufgenommen werden. Durch den bisherigen werden die aktuellen Entwicklungen nicht mehr abgebildet, die immer häufiger auftretende Erkrankung an Demenz werde bislang zu wenig berücksichtigt. Vieles müsse auch im Ausbildungsbereich geändert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde Heiner Schneier für mehr

als 65-jährige Parteizugehörigkeit eine besondere Ehrung zuteil. Wie Vorsitzender Ludwig Leisentritt in seiner Laudatio erwähnte, gehöre Schneier derzeit zusammen mit einem Mitglied aus Haßfurt zu den ersten, die nach Ende des Krieges im April 1946 der SPD beigetreten ist.

Heiners ungewöhnlich sprachliches Temperament nahm die Landtagspresse zum Anlass, ihn als „unterfränkisches Maschinengewehr“ zu bezeichnen. Sein rastloser Einsatz für die Bürger brachte ihm das Attribut „unterfränkisches Wiesel“ ein.

Den Glückwünschen schloss sich auch der Unterbezirksvorsitzende der SPD-Senioren-Arbeitsgemeinschaft, August Werner, an.

Ehrenamtsempfang in Schonungen

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, MdL Markus Rinderspacher, sprach im Schonunger Ortsteil Marksteinach vor etwa 130 Ehrenamtlichen und Freiwilligen aus verschiedensten Bereichen. Partner-

schaftlichkeit, Solidarität, Fairness, Verantwortung und Nähe sind die Grundprinzipien, die es gerade im Ehrenamt brauche, so Rinderspacher. MdL Sabine Dittmar verneigte sich in ihrer kurzen Begrüßungsrede vor den

Freiwilligen: „Sie sorgen für die soziale Balance in ihrer Gemeinde!“ Wie Markus Rinderspacher pflegt auch sie einen engen Kontakt zu den Ehrenamtlichen in den Kommunen.



Ganz herzlich gratuliere ich Deutschlands jüngstem Bürgermeister, unserem Stefan Rottmann zu seiner Wahl.

Lieber Stefan, ich wünsche Dir viel Kraft und immer das richtige Händchen für Deine Entscheidungen!

Zukunft der Altenpflege: Reformen zum Vorteil der Pflegekräfte und der Pflegebedürftigen notwendig



Mit der provozierenden Frage „Steht die Altenpflege vor dem Kollaps?“ hatte SPD-Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib zum Pflegedialog nach Würzburg eingeladen.

Gemeinsam mit seiner Fraktionskollegin, der Ärztin Sabine Dittmar aus Bad Kissingen und mit Ministerialdirigent Franz Wölfl aus dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, mit Winfried Fischer, dem Referenten für Qualitätssicherung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) in Bayern und mit Dr. Alexander Schraml, Vorstand des Kommunalunternehmens im Landkreis Würzburg wur-

den wichtige Fragen zur Situation und der Zukunft der Altenpflege diskutiert.

Halbleib und Dittmar sahen sich in ihren bisherigen Forderungen und Haltungen bestätigt, es bedarf tatsächlich dringender Reformen im Altenpflegewesen:

Zum einen muss Bürokratie abgebaut und vereinfacht werden. Pflegekräfte sind verpflichtet, ihre Tätigkeiten ausführlich zu dokumentieren. Die Dokumentation muss jedoch vereinfacht und vereinheitlicht werden, denn Pflegekräfte sind keine Verwaltungsfachkräfte.

Viele Pflegekräfte arbeiten hart an ihrer Belastungsgrenze oder fühlen sich überfordert, oft so sehr, so dass der Beruf aufgegeben wird. Kontrovers wurde diskutiert, ob ein neuer Personalschlüssel eingeführt werden muss. Eine Fachkraft für zehn schwer- und schwerstpflegebedürftige Menschen war bei der Diskussion manchem zu wenig.

Vieles muss auch im Ausbildungsbereich geändert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Von Seiten der SPD wird seit Jahren die Kostenfreiheit der Altenpflegeausbildung gefordert.

Eine bessere Bezahlung, eine Reduzierung der Überstunden, eine deutliche Verringerung der physischen und psychischen Belastung und die Einführung eines verbindlichen Konzepts zur betrieblichen Gesundheitsvorsorge würden es ermöglichen, mehr junge Menschen für den Beruf gewinnen zu können. Im Moment kommen auf drei offene Stellen eine Bewerbung, das muss sich schnellstens ändern.

Impressum:

Die LandtagsNotizen erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Dittmar, MdL, Spargasse 10, 97688 Bad Kissingen, Tel.: 0971/ 699 4949 Fax: 0971/ 600 49 50
Redaktion: Sabine Dittmar, Karen Pohle, Carolin Schiefer, Michael Frank



Bayerischer Landtag
SABINE DITTMAR, MdL

Bürgerbüro:

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971 / 699 49 49
Fax: 0971 / 699 49 50
Email: kontakt@sabine-dittmar.com
www.sabine-dittmar.com

Bürozeiten:

Mo, Di	09.00—15.00 Uhr
Mi, Do	09.00—17.00 Uhr
Fr.	09.00—14.00 Uhr